Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1589 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 43. **Freitag, 20. Februar 1925, abends.** **78. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.**

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Sächsischer Landtag.

stk. Dresden, 19. Februar 1925.

Zur Besetzung der Amtshauptmannschaft Großenhain.

Die heutige Tagesordnung weist ausschließlich der zahlreichen Anfragen 31 Punkte auf. In der Hauptsache sind es

Kapitel des Nachtragsetats,

die zur Beratung gelangen sollen. Es werden genehmigt die Einstellungen für Verzinsung der Staatsschulden, Justizministerium, höhere Staatslehranstalt für den Gartenbau zu Pillnitz, **Landgerichte, Amtsgerichte, Staatsanwaltschaften und Gefangenenanstalten.** Zu letzterem Kapitel behauptet Abg. Siewert (Komm.), die Behandlung der Strafgefangenen sei jetzt schlechter geworden, als sie früher war. Die Beamten benützten die neuen Strafbestimmungen, um die Gefangenen zu schikanieren. Endlich verlangt Redner eine allgemeine Amnestie. Seine Partei werde das Kapitel ablehnen, weil sie zur gegenwärtigen Regierung keinen Funken Vertrauen habe.

Weiter finden Genehmigung die **Einstellungen für Leistungen auf Grund des vormaligen königlichen Hausgesetzes,** für

Verwaltung der vormaligen königlichen Schlösser,

Sammlungen für Kunst und Wissenschaft. Auf eine Einwendung des Abg. Ellrodt (Komm.) erklärt Ministerialdirektor Dr. Hedrich, von den ehemaligen königlichen Schlössern werde davon Großsedlitz bereits als Heim benützt. Außerdem seien **in die Schlösser bereits 110 Wohnungen** eingebaut worden, die übrigen Räume seien dazu nicht geeignet.

Zum Kapitel

Ministerium des Innern

liegt ein kommunistischer Antrag vor, gegen alle Beamten, die vor Gericht durch Zeugenaussagen von Angeklagten der Mißhandlung von Gefangenen bezichtigt worden seien, sofort das Disziplinarverfahren einzuleiten. Ein Vertreter des Ministeriums erklärt dazu, daß gegen Beamte, denen eine Mißhandlung nachgewiesen sei, eingeschritten werde, auf eine bloße Bezichtigung hin könne das aber nicht geschehen. Der kommunistische Antrag wird abgelehnt.

Beim Kapitel **Kreis- und Amtshauptmannschaften** und Zweigamt Sanda liegen drei Anfragen vor. Abg. **Beutler** (Dnat.) begründet eine Anfrage seiner Partei, über die

Regierungskommissare.

Er wünscht zu wissen, ob diese Beamten jetzt Amtsmänner genannt, noch heute politische Berichte liefern, oder ob sie nur wirtschaftlich tätig seien. Er glaube das nicht. Das Informationsamt gehöre zur Polizei, aber nicht zum Ministerium des Innern.

Abg. **Grellmann** (Dnat.) behandelt die Anfrage seiner Partei betr. den Ueberfall auf Mitglieder des Jungdeutschen Ordens in Gittersee. Hierbei habe die Amtshauptmannschaft ihre Pflicht nicht erfüllt.

Eine weitere Anfrage der Deutschnationalen beschäftigt sich mit

Ernennung des Abg. Fellisch zum Amtshauptmann von Großenhain.

Sie sei **gesetzwidrig,** denn sie sei erfolgt, ohne daß dem Bezirkstage Gelegenheit gegeben wurde, von dem Rechte des Vorschlags Gebrauch zu machen. Er bitte um Bekanntgabe der tatsächlichen Gründe, die zu der Ernennung geführt hätten.

Oberregierungsrat **Rätzsch:** Die Nachrichtenbeamten hätten niemals direkt an den Minister berichtet, mindestens hätten sie vorher ihren unmittelbaren Vorgesetzten Mitteilung davon gemacht. Neuerdings seien diese Berichterstattungen weggefallen. Politische Berichte würden nicht mehr geliefert, die Nachrichten hätten sich nur auf wirtschaftliche Dinge zu erstrecken. Es sei nicht beabsichtigt, die frühere Einrichtung der Regierungskommissare wieder aufleben zu lassen.

In dem Falle des **Gittersee'ers Ueberfalls** treffe die Amtshauptmannschaft keine Schuld.

Abg. **Rammelsberg** (Dnat.) bemängelt die Einstellungen für eine **neue Dienstwohnung des Kreishauptmanns Buck.** Seine Partei werde den Titel ablehnen.

Abg. **Renner** (Komm.): Auch seine Partei werde gegen den Titel stimmen, beantrage aber, die 60 000 Mark zur Behebung der allgemeinen Wohnungsnot zu verwenden. Der Apparat der Nachrichtenbeamten sei nur zu dem Zwecke aufgezogen, um die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter mit Hilfe der Polizei niederknüppeln zu können. Seine Partei werde das Kapitel Amtshauptmannschaften ablehnen.

Ministerialdirektor **Fritzsche:** Bei der

Besetzung der Amtshauptmannschaft Großenhain

handele es sich um einen **Ausnahmefall,** denn als der Posten besetzt werden mußte, sei der neugewählte Bezirkstag noch nicht zusammengetreten. Derselbe Grund habe bei der Besetzung der Amtshauptmannschaft **Kamenz** vorgelegen. Abg. **Beutler** (Dnat.): Seine Partei sei **von den Antworten der Regierung nicht befriedigt.** Parteibeamte gehörten nicht auf solche Verwaltungsposten.

Nach weiteren kurzen Erklärungen der Abgg. **Rößig** (DVP.), **Schiffmann** (DVP.) u. **Grellmann** (Dnat.) wird das Kapitel gegen die Stimmen der Kommunisten und auch teilweise der Deutschnationalen genehmigt. Der kommunistische Antrag wird abgelehnt.

Ohne wesentliche Aussprache werden erledigt die Kapt. allgemeine und unvorhergesehene Ausgaben im Geschäftsbereiche des Ministeriums des Innern, des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums, sowie des Wirtschaftsministeriums, Darlehen an die durch Hochwasser in der Oberlausitz Geschädigten, Hütten- und Blaufarbenwerke, staatliche Verkehrsunternehmungen, Einnahmen der allgemeinen Kassenverwaltung, Bergakademie zu Freiberg, Alters- und Landeskulturrentenbank, Hochbauverwaltung.

Sodann liegt ein kommunistischer Antrag auf Erhöhung der Bezüge der Rentner, Witwen und Waisen der Freiberger Hüttenknappschaft vor. Der Antrag wird entsprechend dem Vorschlage des Ausschusses abgelehnt. — Dasselbe geschieht mit dem kommunistischen Antrage auf Erhöhung der Akkordsätze, sowie Festsetzung der 8stündigen Arbeitszeit in den staatlichen Kalkwerken. Beide Anträge werden von den übrigen Parteien als Agitationsanträge bezeichnet.

Eine **lebhafte Auseinandersetzung** gab es bei der Beratung der Vorlage über die **staatlichen Kalkwerke Hermsdorf.** Die Linkssozialisten und Kommunisten warfen den Rechtssozialisten vor, sie vertreten den Interessenstandpunkt der Unternehmer und hätten im Ausschuß gegen den 8-Stundentag gestimmt. Im Verlaufe der erregten Auseinandersetzungen darüber flogen herüber und hinüber die lieblichsten Schimpfworte und **es regnete Ordnungsrufe.** Wie sich nun die Dinge im Ausschusse wirklich abgespielt haben, ist schwer zu entscheiden, denn es stand Behauptung gegen Behauptung und selbst die Richtigkeit der protokollarischen Niederschrift wurde bestritten.

Eine längere Aussprache zeitigte auch die Beratung der Regierungsvorlage, durch die **500 000 Mark für die Porzellanmanufaktur Meißen** angefordert werden. Alle Parteien waren sich darüber einig, daß die Entlohnung des künstlerischen Personals ungenügend sei. Die Verhandlungen wurden heute nicht beendet, sondern sie sollen nächsten Dienstag, nachm. 1 Uhr fortgesetzt werden.

Aus den Landtagsausschüssen.

stk. Dresden. Der **Besoldungsausschuß** beschäftigte sich gestern mit mehreren **Eingaben von Beamtenorganisationen.** Er beschloß, die Eingabe der Zivildienstberechtigten der Regierung zur Erwägung zu überweisen mit dem Auftrage, zu versuchen, möglichst weitere Stellen in Gruppe 6 zu erreichen. Die **Denkschrift** des Reichsverbandes der Finanzbeamten, Landesverband Sachsen, in der auf die **Benachteiligung der gehobenen ehemaligen sächsischen Steuerbeamten** hingewiesen war, wurde der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Der Ausschuß war einmütig der Meinung, daß die Interessen der durch die Schule der Praxis gegangenen Fachbeamten unbedingt gewahrt werden müßten. Des weiteren nahm der Ausschuß Kenntnis von einer Regierungsmitteilung, wonach im Haushaltplane 1925 für Straßenwarte, Pfleger, Förster, Mittelschul-Techniker, Rechnungsrevisoren usw. Höherstufungen geplant sind.

Deutschlands angebliche Verstöße.

Auszug aus dem Generalbericht.

Paris. Der Generalbericht der Kontrollkommission umfaßt zusammen mit den 12 technischen Anhängen 350 Maschinenseiten. Der Bericht selbst enthält nach übereinstimmender Darstellung der Morgenblätter eine Aufstellung **folgender angeblicher Verstöße Deutschlands:**

1. **Neubildung des Großen Generalstabes.**
2. **Fortgesetzte militärische Ausbildung der Jugendverbände.**
3. **Militarisierung der Polizei.**
4. **Anlegung von Waffendepots.**
5. **Nichtaushändigung der Aufstellung über das Rüstungsmaterial zurzeit des Waffenstillstandes. Auf die britischen Mitglieder der Kontrollkommission habe, wie der „Matin" hervorhebt, besonders die militärische Ausrüstung der deutschen Polizei tiefen Eindruck gemacht. Man habe festgestellt, daß die Polizei eine militärische Streitmacht ersten Ranges (!) darstelle. Die deutsche Jugend werde — was trotz allen Vertuschungen hätte festgestellt werden können — zu Hunderttausenden in den Reihen der Reichswehr und der Vaterländischen Verbände militärisch ausgebildet. Die alliierten Regierungen würden deshalb nicht mehr die Aufrechterhaltung der Militärkontrolle und der Kölner Besetzung anordnen, sondern auch neue Mittel zur Abrüstung Deutschlands suchen.**

„Echo de Paris" erwartet für den Meinungsaustausch mit England große Schwierigkeiten, weil die englische Regierung aller Wahrscheinlichkeit nach vorschlagen werde, sich mit Deutschland gütlich über ein Abrüstungsprogramm zu einigen, das fortschreitend die Entwaffnung Deutschlands verbürge. Das Blatt kommt zu der — offenbar offiziös inspirierten — Schlußfolgerung: Wir werden in eine Lockerung der Abrüstungsklausel nur unter der Bedingung einwilligen, daß die Rheinlande entmilitarisiert werden und wir die formelle Zusage erhalten, daß uns England für den Fall eines deutschen Angriffs (!) militärisch unterstützt.

Die Steuerpläne der Reichsregierung.

* Berlin. Die gestern abend von der Reichsregierung der Oeffentlichkeit übergebenen **7 großen Steuergesetzentwürfe** sind der erste und entscheidende Abschnitt der von der Reichsregierung geplanten gesamten Steuerreform. Die Reihe der neuen Gesetzentwürfe ist damit nicht abgeschlossen, insbesondere fehlt noch der wichtige Gesetzentwurf über den Finanzausgleich zwischen Reich, Länder und Gemeinden. Die Reichsregierung hofft, diesen Gesetzentwurf im Laufe der kommenden Woche im Kabinett erledigen und dem Reichsrat alsbald zugehen lassen zu können, wo dann die entscheidenden Beratungen über den Ausgleich stattfinden werden. Auch bezüglicher wichtiger indirekter Steuern stehen noch Gesetzentwürfe bevor. Von den Verbrauchssteuern soll lediglich die Steuer auf Tabak und Bier eine Erhöhung erfahren. Eine Abänderung und grundsätzliche Verbesserung des Umsatzsteuergesetzes ist wegen der Schwierigkeit der Materie innerhalb kurzer Frist nicht möglich. Da das Reich auf die mit rund 1 500 Millionen veranschlagte Einnahme aus der 1,5 prozentigen Umsatzsteuer unter keinen Umständen verzichten kann, kommt nach der Auffassung der Reichsregierung nur bei erheblicher Steigerung des Umsatzes eine Ermäßigung des Prozentsatzes und zwar insoweit in Frage, als dadurch das jetzt veranschlagte Steueraufkommen nicht gefährdet wird. Die Reichsregierung legt bei den jetzt vorgelegten Gesetzentwürfen den entscheidenden Wert auf das neue Reichsbewertungsgesetz, weil in diesem der Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der Steuererhebung und Veranlagung besonders scharf herausgehoben werden konnte. In der Frage des Finanzausgleiches sind die Verhandlungen, die schon seit langem schweben, noch nicht zu einem Ausgleich gediehen. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß diese Frage nicht kurzfristig für den Etat des Jahres 1925, sondern weitschauend auch für spätere Jahre mit ihren soviel größeren Reparationslasten geregelt werden muß und daß Länder und Gemeinden nach dem Uebergangsjahr 1925, in dem ihnen vom Reich auszuzahlenden Prozentsatz der Reichssteuern sich wesentliche Einschränkungen gefallen werden lassen müssen. Bei der Gegenüberstellung des Ausgabebedarfes des Reiches auf der einen, der Länder und Gemeinden auf der anderen Seite muß nach Auffassung der Reichsregierung das Interesse des Reiches schon im Hinblick auf die Reparationslasten vorgehen.

Die Gewerkschaften gegen die Steuerreform.

)(Berlin. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände erlassen einen Aufruf, in dem sie **gegen die Steuerreform protestieren.** Unter Hinweis auf das starke Anwachsen der Eingänge aus Lohnsteuer, Umsatzsteuer und aus Zolleinnahmen und nach Anführung einer Stelle des Dawesgutachtens erklären die Gewerkschaften: **„Wir verlangen von der Reichsregierung eine Steuerpolitik, die nicht zuerst den Bedürfnissen der Besitzenden, der Industriekönige und Agrarier, sondern den Lebensnotwendigkeiten der breiten Masse des Volkes entspricht."**

Handwerks- und Mittelstandsfragen im Reichstagsausschuß.

)(Berlin. Der Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft setzte die Beratung der **Handwerker- und Mittelstandsfragen** fort. Bezüglich der **Kreditfragen** wurde trotz der ablehnenden Haltung der Regierung ein Antrag angenommen, daß

1. die Reichsregierung zur Milderung der augenblicklichen Kreditnot der selbständigen Gewerbe des Mittelstandes die Reichsbank veranlassen möge, **eine Summe von insgesamt 30 Millionen Goldmark der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse und der Genossenschaftsabteilung der Dresdner Bank als Darlehen auf ein Jahr baldmöglichst zur Verfügung zu stellen** mit der Maßgabe, die daraus zu gewährenden Kredite an die Kreditnehmer der gewerblichen Kreditgenossenschaften zu einem wesentlich billigeren als dem bisherigen Zinssatz weiterzugeben. Sollte die Beschaffung der Summe auf diesem Wege nicht möglich sein, so würde die Reichsregierung ersucht, die Summe aus Reichsmitteln den genannten Banken zur Verfügung zu stellen und dabei außerdem zu erwägen, ob Kredite aus dieser Summe nur unter der Bedingung gewährt werden, daß **die Arbeitsbedingungen zwischen den Kreditnehmern und ihren Arbeitnehmern tariflich geregelt sind.** Schließlich wurde die Reichsregierung ersucht, im Einvernehmen mit den Spitzenverbänden des mittelständischen Gewerbes und des gewerblichen Genossenschaftswesens weitere Maßnahmen zu erwägen, um

2. **dauernd den notwendigen Kredit für den gewerblichen Mittelstand zu beschaffen und zu verbilligen.**

Bei der Berufsvertretung soll nach den Wünschen des Ausschusses eine besondere Vertretung für die Interessen des Handwerks geschaffen und die dazu erforderlichen Mittel in dem Reichshaushalt eingestellt werden. Die Anträge auf **Errichtung eines besonderen Staatssekretariats** für das **Handwerk wurden abgelehnt.** Sämtliche angenommenen Anträge sollen nach dem Haushaltsausschuß zur Nachprüfung ihrer finanziellen Wirkung überwiesen werden. Bezüglich der Preistreiberei wurde die Reichsregierung ersucht, zu prüfen, ob nicht eine Aufhebung der bestehenden Verordnungen möglich sei.

Bezüglich des **Verdingungswesens** ersuchte der Ausschuß die Reichsregierung unter Berücksichtigung der in den verschiedenen Anträgen geäußerten Wünsche eine Neuregelung des Verdingungswesens vorzunehmen. Ein Antrag, dies durch Reichsgesetz zu tun, wurde abgelehnt.

Betreffs der **Wanderlager und des Hausierhandels** wurde die Regierung ersucht, auf die Landesregierungen einzuwirken, diesen Fragen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und für eine Abstellung der Mißstände einzutreten.

Nicht Abbau, sondern Verstärkung der Besetzung?

* Kettwig vor der Brücke. Dem Besatzungsamt wurde für den 23. d. M. das Eintreffen von 200 französischen Soldaten mit 200 Pferden zu vorübergehendem Aufenthalt angezeigt. Weiter wurde mitgeteilt, daß mit einer Aufgabe der Besetzung in diesem Jahre nicht zu rechnen sei, sondern daß eher die Truppen verstärkt würden.